

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. September 1920

Anzeigenpreis: Werbens-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfzeilige Zeile; Anst-, Verkauf- und alle sonstigen Zeilamenanzeigen 60 Pf., die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 106

Bekanntmachung

Die Prinzipalsvertreter im Tarifausschusse haben dem Tarifamt davon Kenntnis gegeben, daß die große Zahl der bei ihnen eingegangenen Anträge auf Schaffung eines neuen Lohnsarfs eine kreisweite Einreichung derselben nicht ermöglichen, und daß eine Sichtung und Zusammenfassung dieser Anträge zur Stellung eines einheitlichen Antrags sich erforderlich mache; deshalb könne der festgesetzte Termin für Einreichung der Anträge nicht eingehalten werden.

Das Tarifamt gibt den Tarifparteien hiervon Kenntnis mit dem Bemerkten, daß aus diesem Grund die Veröffentlichung der Anträge beider Tarifparteien frühestens in der ersten Oktoberwoche erfolgen kann.

Zur Beratung trifft der Tarifausschub

am 25. Oktober und folgende Tage

in Berlin, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Sommerstraße 4a, zusammen.

Berlin, 17. September 1920.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Hans Keenemann, Prinzipalsvorsitzender.

Robert Braun, Gehilfenvorsitzender.

Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Schall und Rauch

... weil unsre Lieferanten bis heute noch keine hinreichende Neigung, ihre Gewinne zu verringern, erkennen lassen, aber irgendwo der Anfang zur Hebung unsres wirtschaftlichen Zustandes gemacht werden muß, geschieht dies am besten auf Kosten der Arbeiter. So schallt es uns aus Nr. 36 der „Zeitschrift“ entgegen. Der Kreislauf der Dinge ist auch hier der gleiche wie überall: Weil der Ertrag der Besitzern hinter dem Vorschlage weit zurückbleibt, müssen die Arbeiter zu höheren Steuern herangezogen werden; weil die Lieferanten des Buchdruckgewerbes auf ihre Riesengewinne nicht verzichten wollen, durch die Verteuerung der Rohprodukte der Umsatz sinkt und damit auch die Gewinnaussichten der Buchdruckereibesitzer, kommt man letzten Endes immer wieder auf die Arbeiterschaft als milchende Kuh zurück. Die Zurückgegriffene, der dadurch bedingte lange Stillstand der Druckmaschinen, gibt, wie schon so oft, unsren Prinzipalen billige Gelegenheiten, sich an den Maschinenmeistern zu reiben. Und aus der (vermutlichen) Stellungnahme der Nürnberger Zeitung zu der im „System Rauch“ empfohlenen „Neuzeitlichen Ausnutzung der Buchdruckpresse“ wird der „widestete Amok gegen die Vereinfachung des Herstellungsprozesses“ hergeleitet.

An Stelle der „vermutlichen“ Stellungnahme des V. Deutschen Maschinenmeflerkongresses zu dieser Frage werden dann drei irgendwoher genommene Punkte benutzt, um dagegen auf bequeme Art argumentieren zu können. Diese Punkte enthalten Gründe nebensächlicher Art, deren Tageskurswert aber trotzdem, gerade in der heutigen Zeit größter Arbeitslosennot, nicht unterschätzt werden darf.

Haben wir schon einmal im Prinzipalsorgan aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus den Rat an die Unternehmer finden können, durch Anpassung der Arbeiterlöhne an die enormen Warenpreise die Kaufkraft der Arbeiter zu heben und dadurch zur Hebung der Volkswirtschaft beizutragen? Das wären „Experimente“, für die man die Kosten nicht fragen mag, obwohl auch diese Theorie einen Weg aus dem Holze des Elends weist. Aber es ist ja billiger, von den Arbeitern auf jeden Fall und mit allen Mitteln eine Produktionssteigerung zu heischen. Und wenn dann die Arbeiter, auf Grund der Erfahrungen mit der Bereitwilligkeit der Prinzipale zur Einschränkung und Schließung der Betriebe bei Arbeitsmangel, den Einwand erheben, daß ja die wenige Arbeit dann viel zu schnell fertig wird und die Arbeitslosigkeit sich noch steigern dürfte, dann hat man nur ein „verzeihendes Lächeln“ für derartige Anschauungen.

Die Frage: „Ist denn der Vorkämpfer dieser vorläufigen Volkswirtschaftslehre die Tatsache unbekannt geblieben, daß die erhöhte Leistungsfähigkeit eines Gewerbes stets einen erhöhten Bedarf in seinen Erzeugnissen mit zwangsläufiger Beschäftigung herbeiführt?“ sagt uns zur Genüge, wie gern man Experimente auf Kosten der Arbeiter macht, von diesen höhere Einsicht in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge erwartet, als man selbst in

anderer Hinsicht bekundet und verlangt, daß diese sich auch willenlos dem beugen, was das Schicksal an Arbeitslosigkeit und damit verbundener Not ihnen bringt. Denn das selbe „verzeihende Lächeln“ hat man auch für die „Anpreisung des allein seligmachenden Dogmas von der Allgemeinerwirtschaftlichkeit“.

Hier, wo die Arbeiter bereit sind, einen Weg zur Hebung des Gewerbes im Interesse aller Gewerbsangehörigen, mit Einschluß auch der Reservearmee der Arbeitslosen, zu gehen, verhält man sich abweisend. Das mögen sich auch diejenigen unsrer Kollegen wieder einmal einprägen, die sich immer noch der Hoffnung hingeben, aus der Tarifausschub eine Berufsgemeinschaft im schäferischen Sinne machen zu können. Auf gemeinwirtschaftlicher Grundlage das Problem der Arbeitslosigkeit zugleich mit dem Problem der Produktionssteigerung zu lösen, das lehnt man ab, wogegen man der Produktionssteigerung allerlei Sympathien entgegenbringt. Und die Arbeitslosen verdrösten man dann mit der billigen Weisheit, daß ja die mit der Produktionssteigerung verbundene Steigerung des Bedarfs auch die Beschäftigungsmöglichkeiten bessern wird.

Daran, daß, wie schon gesagt, außer diesen nebensächlichen Einwänden gegen das „System Rauch“ für die Arbeiterschaft auch Gründe anderer Art maßgebend sein könnten, kann ja nicht denken, wer nur nach Mark und Pfennigen zu rechnen gewohnt ist. All die Gründe, die schon wiederholt, auch in andern Zusammenhängen, gegen eine geistlose Übertragung Taylorischer Maximen auf unsre Berufsstände angeführt wurden, nochmals vorzutragen, ist wohl überflüssig. Aber betonen wollen wir doch noch einmal, daß wir als denkende Arbeiter nicht gewillt sind, uns gütwillig einem Arbeitssystem einzufügen, welches jede Denkarbeit ausschaltet, damit geistlos wirkt und uns als willenlosen Teilmechanismus in den „Betrieb“ genannten Gesamtmechanismus einreißt. Wer mit solchen Ideen der Menschheit zu dienen vorgibt, zeigt dem deutlich, daß der Begriff Menschheit für ihn nur Schall und Rauch ist, um dahinter seine Profitgier zu verdecken.

„Neuzeitliche Ausnutzung der Buchdruckpresse“ nennt der Kollege Rauch sein Werk. Aber sein System bringt eine raffinierte Ausnutzung der Arbeiter selbst mit sich. All die guten Vorsätze, durch regelmäßigen Wechsel der Arbeitsplätze einer einseitigen Ausbildung der Drucker entgegenzuwirken usw., sind ja nichts weiter als Verschleierungen der ibleen Absicht, den einzelnen Arbeiter bis zum äußersten anzuppannen und auszupowern. Dafür sorgt schon das damit in Verbindung gebrachte Prämienystem, für das auch Herr Säuberlich in seinem „Korr.“-Artikel „Sozialisierung im Buchdruckgewerbe“ (Nr. 34, 1919) eine Lanze gebrochen hat. Man wolle dem Anfangs! Denn wo erst einmal eine Helferguppe durch Prämienengewährung an der Massenfabrikation interessiert ist, da wird bald die Pfennigsucherei dafür sorgen, daß jeder auf seinem Platte bleibt, daß jahraus jahrein jeder darin lässige Drucker die gleichen Handgriffe ausführt. Von der beachtlichsten Verantwortung von Qualitätsarbeitern kann gar keine Rede sein. Die mit einer derartigen Arbeitsweise verbundene Sakt und Unruhe lassen den jungen Drucker keinerlei Einblick in die technischen Zusammenhänge gewinnen. Man

muß in Verbindung damit den Widerstand betrachten, den ein Teil der Prinzipalität der neuen Lehrplangordnung entgegenbringt; man muß auch die einem großen Teil unsres gewerblichen Nachwuchses unter der bisherigen individualistischen Arbeitsweise zuteil gewordene Ausbildung in technischer und theoretischer Hinsicht in Betracht ziehen, um ermessen zu können, was für die jungen Leute bei allgemein einreißender Prämien- oder Akkordarbeit zu erhoffen wäre.

Wir müssen uns auch einmal fragen, ob die Rauchsche Methode überhaupt allgemein durchführbar ist. Und da gilt es zu unterscheiden zwischen den in rationaler geleiteten Betrieben seit je üblichen technischen Selbstverständlichkeiten und den bei Rauch sich zeigenden neuen Gebräuchen. Es ist eine alte Regel der Praxis, daß die neuen Druckformen geschlossen werden, bevor die alten Formen ausgedruckt haben; daß Altschees juckert und die Kraftsrichtungen hergestellt werden, bevor die Form in die Maschine kommt; daß Stand, Format, Farbe, Papier usw. vorher genau festgelegt sind, um unnötige Wartezeit der Maschine zu vermeiden. Ob die zuvor erwähnten Arbeiten als Nebenbeschäftigung des eine Maschine bedienenden Druckers zu gelten haben oder von einem „Gliegenden“ auszuführen sind, hängt von der Qualität der Arbeiten des Druckers, von der Art und Größe der zu bedienenden Maschine und vielen andern Dingen ab. Die Handhabung dieser Arbeiten zeigt aber schon, ob man damit mehr eine rationale Arbeitsweise oder nur eine ecklose Ausnutzung der Arbeitskräfte erreichen will. Ein eigenartiger Zustand ist es nämlich in Druckereien, in denen die Drucker als Nebenarbeiten immer ihre Formen vorher schleifen und auch sonst herrschen müssen, daß in Zeiten stillen Geschäftsganges, wenn die geringen Auflagen besserer Arbeiten eine Nebenbeschäftigung des Druckers nicht zulassen, die Formen eben liegen bleiben, bis der Drucker frei dafür ist. Statt hier durch Einstellung von Zuschüssen ein rationelles Arbeiten zu ermöglichen, sehen wir meist nur, daß bloß die vorhandenen Arbeitskräfte ausgenützt werden.

Und in wie vielen Druckereien Deutschlands fehlt es nicht überhaupt an dem nötigen Raum, an Schließplatten, Rahmen, Slegen, Schließellen und sonst erforderlichen Materialien, um alle Arbeiten mit größtmöglicher Beschleunigung und wünschenswerter Akkuratez ausführen zu können? Wer sich in den Druckereien Deutschlands umgesehen hat, wird es bestätigen müssen, daß originellerweise gerade die Druckereien am jämmerlichsten eingerichtet und organisiert sind, in denen in puncto Anfertigung Hervorragendes geleistet wird.

Den Teil der Rauchschen Vorschläge, der sich mit den Vorarbeiten und den erforderlichen Materialien und Einrichtungen befaßt, können wir als Drucker nicht nur unterschreiben, sondern wir müssen sagen, daß uns Rauch darin noch nicht weit genug geht. Warum soll denn die rationale Arbeitsweise erst im Maschinenbau beginnen und nicht schon in der Altschee- und Stereotypie? Beim Formenanschleifen, Einpassen neuer Platten in die Unterläge der alten Form gleicher Art mit ungleich großen, beim Registrieren mit stark schiefgehobelten und beim Zurückrichten mit ungleich starken wie überhaupt unfaulbernen Platten zu rechnen. Ist ein Zustand, der in das ganze System Rauch eigentlich nicht hineinpakt. Man beginne also mit der Mängelbeseitigung an der Wurzel der Druckarbeit, und kein Drucker wird ob dieser Rationalisierung der Arbeitsweise böse sein. In dieser Hinsicht ließen sich in den meisten Druckereien Verbesserungen durchführen, die dem Drucker die Arbeit erleichtern und einer ganz erheblichen Beschleunigung der Produktion die Wege ebnen. Die Betriebsräte mögen einmal den Versuch unternehmen, von ihrem Recht, im Interesse der Produktionsförderung in angebotenen Sinne zu wirken, Gebrauch zu machen. An den Erfolgen, die sie damit erreichen werden, ist der gute Wille der Unternehmer und Betriebsleiter zu ermessen, einer besseren Ausnutzung der Maschinen und nicht nur der Menschen, wie bisher, näherzutreten.

Aber ebenso wie der Mangel an Organisierung des Arbeitsganges, an Material und Einrichtung im Maschinenbau einer Beschleunigung des Arbeitsprozesses hinderlich ist, ebenso hinderlich ist einer allgemeinen Durchsührung der Rauchschen Methoden sowohl die Größe oder vielmehr Kleinheit der meisten Druckereien wie auch die Verteilung der Arbeiter auf diese. Die Mehrzahl der Druckereien käme allein schon auf Grund der in ihr beschäftigten geringen Gehilfenzahl wie der wenigen vorhandenen Maschinen für „Rauch“ nicht in Frage. In den mittleren

Druckereien jedoch liegen die Arbeiten so unterschiedlich, daß nur ein ganz geringer Prozentsatz daran denken könnte, voll und ganz in „Rauch“ zu machen. Das von Rauch benutzte Beispiel 20 gleicher Maschinenformen dürfte nicht in allzu vielen Druckereien sich derartig oft wiederholen, daß ein vollkommen reibungsloses Zusammenarbeiten durch lange Übung erreicht werden könnte. Und wo diese Übung fehlt, ist nur zu sehr zu befürchten, daß der Vorteil nach „Rauch“ allzu schnell in Dummheit aufgibt. Und wo nicht ein Maschinenpark mit möglichst gleichartigen, guten Maschinen zur Verfügung steht, bekommt die minutiöse Rechnung sofort ein Loch, wenn Kalkulationsformen für eine Maschine vorbereitet wurden und sie nachher in einer anderen zum Druck kommen sollen. Das Schematisieren hat seine Grenzen in den Druckereien durch die ganz erhebliche Unterschiedlichkeit der Widerstandskraft der zur Verfügung stehenden Maschinen. Darüber sollte man nicht nötig haben, zu Fachleuten zu sprechen. Darum soll man aber eine Methode, die in der einen Druckerei auf Grund der vorhandenen Einrichtungen und laufenden Arbeiten durchführbar ist, nicht schematisch auf das ganze Reich übertragen wollen.

Die Erregung in den Kreisen der Verleger ist ja nur dadurch entstanden, daß man ihnen durch „Rauch“ die Meinung lugeriert hat, derartige Paradesüchchen und Rechenkunststücke ließen sich in allen Druckereibetrieben unter allen Umständen erzielen. Einzelnen Firmen zu liebe, die ihre Betriebsrichtungen mit allem Raffinement ausbauen möchten, ebensowenig wie einzelnen Kollegen zum Vortheil, die um einiger Wenigke Prämie willen sich selbst und der Allgemeinheit zum Schaden sich als denkende Arbeiter ausschalten und zur Maschine herabwürdigen, können wir uns nicht bereit erklären, einer Idee zu folgen, die im allgemeinen praktisch undurchführbar, weil in ihrem Prinzip überspannt ist.

Man ist doch sonst so vorsichtig in allem, hat es niemals eilig, der Entwicklung zu folgen, lehnt jede „Teilsozialisierung“ ab. Zur Durchführung einer im volkswirtschaftlichen Interesse gelegenen Produktionssteigerung sind wesentlich andre Maßnahmen erforderlich als die von W. H. N. in der „Zeitschrift“ geforderten, die nur darauf hinauslaufen, einigen wenigen Firmen einen Freibrief auszustellen zur unbedingten gewerblichen Freibeuterei.

Zulammenlegung volkswirtschaftlich unrentabler Betriebe, Zuweisung der Arbeiten an diese den Betriebsrichtungen entsprechend, Heranziehung aller Gewerksangehörigen zu produktiver Tätigkeit — nicht Ausnützung einzelner und Arbeitslosigkeit andrer —, liegt das nicht auch im volkswirtschaftlichen Interesse? Aber darüber geht man mit einem „verzelbenden Rädeln“ hinweg. Daran erkennen wir aber auch, daß alles, was da über Volkswirtschaft, der so gern betätigten Einstellung Kriegsbeschädigter und ähnlichen Dingen eingeschoben wird, nur dem äußeren Aufpuße dient, um Schall und Rauch zu sein.

Berlin. G. Dörband.

Zur Verteidigung unserer Lehrlingsordnung

Eine Menge geistiger Kräfte wurde aufgewendet, um eine Lehrlingsordnung für unser Gewerbe zu schaffen. Das Werk muß als müttergütlich bezeichnet werden, nachdem die gegenwärtigen Verhältnisse unter dem Druck der verfallenen Gewerbeordnung eine fortschrittliche Bewegung auf dem Gebiete des Lehrlingswesens noch besonders erschweren. Kaum aber hatte dieses Werk das Licht der Öffentlichkeit erblickt, begann ein Kampf gegen die gemeinsamen Vereinbarungen. Die Prinzipalität und die Handwerkskammern sind sich dahin einig, dieses Tarifgesetz wieder zu beseitigen. Von den größten Schreibern gegen die Lehrlingsordnung ist man ja gewöhnt, daß sie sich gegen jede Ordnung wenden, bei der sie nicht als „Herr im Hause“ in Frage kommen. Man muß sich jedoch fragen, ob gegenseitige Abschlüsse auf Treu und Glauben hinlänglich sind, weil, wie in diesem Falle, die Lehrlingsordnung in einzelnen Bestimmungen über die Gewerbeordnung hinausgeht. Das zeugt doch nur von gesundem Weltbild der Vertreter beider Gruppen in der Lehrlingskommission! Die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer geregelten Lehrlingsausbildung zwingen den praktisch mit dieser Frage sich beschäftigenden Fachmann um so mehr zur Tat, denn es ist ein Skandal, in welcher Art und Weise die Ausbildung heute noch in einer größeren Reihe von Betrieben vorgenommen wird.

Die Gehilfenprüfungsergebnisse zeigen das Elend in krasser Form. Die einfachsten Fragen können nicht beantwortet werden. Man kann konstataren, daß Lehrlinge nach Beendigung ihrer Lehrzeit noch keine andre Farbe als Schwarz und eventuell Rot gesehen haben. Das Drucken mit Zinchners Farbe, gemischt mit Wasserglas und Maschinenöl, gehört zu den neuesten Feinheiten sarsamer Arbeitgeber. In sachtechnischer Beziehung genau derselbe Ausbildungsangel. Man achtet nicht auf die alten, bewährten Inprognostischen Regeln. Ob die Längsflächen teilweise durchlaufen oder gebrochen sind durch Querlinien, ist gleich. Die Hauptflache ist, wenn das vorhandene Material zu einer Seite reicht, kann man bei den andern drei Seiten ändern. Trotz der hohen Anforderungen, die der Buchdruckerberuf an seine Angehörigen stellt, glaubt man zuweilen noch mit „Löhnen“ von 2 bis 6 Mk. pro Woche durchzukommen. Viele Arbeitgeber begehen das Kostgeld für die Lehrlinge als unerwünschlich. Dem müssen die Eltern der Lehrlinge die tatsächlichen Lebensverhältnisse entgegenhalten: daß die Kosten zur Ernährung, Kleidung und Weiterbildung für ihren Sohn ebenfalls unerwünschlich sind. Das Kostgeld, das in der

werden. Eltern und Betriebsräte wie Vertrauensleute haben die Aufgabe, für Einhaltung der Zahlungsverpflichtung zu sorgen. An der Arbeitszeit der Lehrlinge soll ebenfalls geübelt werden. Es verzweifelt sich immer mehr die Ansicht in Arbeitgeberkreisen, daß die längere Arbeitszeit für die Jugend besser sei, denn die Jugend komme so von der Straße weg.

Das bayerische Ministerium ist dabei ein „Ketter in der Not“, denn von dieser Stelle aus kommt die Anregung, dem Lehrern zu gestatten, täglich eine Viertelstunde und am Sonnabend eine halbe Stunde den Lehrling mit Aufräumungsarbeiten länger zu beschäftigen. Man ist sehr gewissenhaft: genau eine Viertelstunde täglich. Wehe aber dem Lehrlinge, wenn er diese Viertelstunde genau einhält! Wir müssen dagegen Einspruch erheben, daß die Lehrlinge den Nachmittagsabend überstreifen oder die 48stündige Arbeitswoche nicht mehr einhalten sollen. Die Handwerkskammern sind eifrige Verfechter der Ideen ihrer Interessengruppe. Auch von dieser Seite ist man gegen den Fortschritt und läuft Sturm gegen das Eingreifen der Gewerkschaften in der Lehrlingsfrage. „Es steht nicht in der Gewerbeordnung!“ Dieser Standpunkt zeigt die Rücksichtslosigkeit dieser Institution in voller Besetzung. Man wird sich auch von dieser Seite daran gewöhnen müssen, nicht gegen den Strom zu schwimmen. Wenn die bayerischen Regierungsstellen auch auf diesem Gebiete helfend eingreifen, um den Mißmut bei den Handwerkern in der Lehrlingsausbildung zu beseitigen, so ist das Mittel interessant, das von dort empfohlen wird. Man will nämlich besonders rührige Handwerksmeister mit einem „staatlichen Titel“ beehren. Man liebt: „Hilse“ von allen Seiten — nur dem Lehrlinge soll nicht geholfen werden.

Wir greifen wir ein mit der Erfüllung unserer Pflicht, die Lehrlingsordnung in allen ihren Teilen durchzuführen. Es darf uns der Widerstand der Prinzipale nicht irre machen. Die Handwerkskammern können unsere Tätigkeit nicht beeinträchtigen, denn dieser Streit dürfte bald seine Entscheidung gefunden haben. Die Anmeldung der Lehrlinge, die in Betrieben mit über 20 Arbeitnehmern ausgebildet werden, ist keine gesetzliche Pflicht. Wir werden uns um diese Anmeldung nicht mehr kümmern (ein großer Teil der Arbeitgeber tut das sowieso nicht), aber um so eifriger die jungen Leute bei uns erlassen. Das Prüfungswesen ist an und für sich unsere Aufgabe. Das Ablegen der Gehilfenprüfung bei der Handwerkskammer ist auch kein gesetzlicher Zwang für den jungen Gehilfen, denn es ist eine Sollarbeit, die niemand a. b. d. e. f. Die Handwerkskammer kann ohne Schwierigkeiten ausgedacht werden. Wir können zugleich den ehrlichen Handwerksmeistern, die zum Teil gar nicht Buchdrucker sind, ihre schwierige Aufgabe abnehmen, als Prüfungsmesser für Buchdrucker tätig zu sein. Die Befestigung der abgelegten und bestandenen Gehilfenprüfung auf dem durch das Tarifamt bereitgestellten Formular genügt uns tariftreuen Gehilfen voll und ganz, und dem tariftreuen Prinzipale dürfte es ein besseres Zeugnis sein als bisher durch die Handwerkskammern im allgemeinen.

Der Kampf unserer Arbeitgeber gegen die Lehrlingsordnung ist das Signal für uns zur praktischen Arbeit! Die dazu berufenen Vertreter in den Lehrlingsausschüssen müssen von jedem einzelnen Kollegen unterstützt werden, denn stein ist der Boden, der zu beackern ist. Möge unsere Saat gute Früchte tragen zum Nutzen des gesamten Gewerbes!

Nürnberg.

Franz Baier.

Warum so empfindlich?

Wenn ich von der Reaktion gelobt wurde, so halte ich das für eine Dummheit, einer Fehler begangen; wurde ich aber so, ihr angefeindet, so war ich gewiß, das Richtige getroffen zu haben.

Dieses Wort unseres Altmeisters Bebel in seinem letzten Teil zu meinem hier zur Diskussion stehenden Fall auf unsere Berliner Opposition übertragen, beschäftigt mich voll und ganz die Wichtigkeit dessen, was ich in meinem Artikel „Videant consules...“ gesagt habe. Wie anders sonst wäre das Gegehe von Fiedler und Kofke als Sprecher der Berliner Opposition in ihrer Replik (Nr. 99) auf meine Ausführungen in Nr. 95 des „Korr.“ zu verstehen? War es denn so schmerzhaft? Warum so empfindlich? Das muß doch seine Ursachen haben, wenn gleich zwei so Gewalttätige in Harnisch geraten und verfluchen, durch ein wahres Trommelfeuer mich einzujuden! Sehen wir also einmal zu.

Da habe ich zunächst zu erklären, daß ich die in Nr. 95 gemachten Ausführungen in vollem Umfang aufrechterhalte. Die Worte, den „Qualität einer neuen Tarifgemeinschaft nicht mehr mitmachen zu wollen“, sind Ihnen entlichüpft, verehrter Fiedler; in Ihrem Diskussionsseifer vielleicht ungewollt und unbedacht. Aber das war es ja gerade, was mich zu meinem Artikel veranlaßte, und daß ich diese Redewendung jetzt in meinem Gedächtnisse befinde. Ergo ist Ihr „unfairer Vorwurf der Bismilligkeit“ gänzlich deplaciert. Abzuziehen sollen Sie diese mir so über vermerten Kraftausdrücke selbst ja nicht ganz in Abrede, sondern nur bedingt, indem Sie sagen: „meines Wissens“ sind diese Kraftausdrücke von keiner Seite gebraucht. Die Möglichkeit geben Sie also selbst zu, nur daß Ihr Gedächtnis Sie hier plötzlich im Stich läßt! Und warum reiten Sie so langsam auf diesen „Kraftausdrücken“ herum? Diese als solche sind ja von sekundärer Bedeutung. Der Sinn Ihrer Wendung ist es vielmehr, der hier zur Diskussion steht, der aber aus guten Gründen nun verwischt werden soll. Aber mit Wibelstein schaffte man einem unbecommem gewordenen Dinge nicht aus der Welt. Ablenkungsmanöver!

Es lag nicht der geringste Grund vor, sich über eine meinerseits beabsichtigte Mundstomatung der Opposition aufzuregen, denn auch ich sprach dieser ausdrücklich das Recht zur Agitation für ihre Ideen zu. Was ich dagegen mit der „duldsamen Zurückhaltung“, nachdem die Generalversammlung gesprochen hat, sagen wollte, das wissen auch Sie ganz genau, Verehrteste: nicht Verzicht auf Ihre Agitation, wohl aber Ihre verdammt Pflicht, an der Durchführung der Nürnberg Beschlüsse mitzuarbeiten, zum mindesten aber in „duldsamer Zurückhaltung“ jede Insubordination gegen unsre in Nürnberg neulichstegelegte Verfassung und jede Agitation in diesem Sinne zu unterlassen. Das ist der Kern der Sache. Wenn nun Fiedler als Sprecher der Opposition in der Neuköllner Versammlung auftritt und rundweg erklärt, daß diese gar nicht daran denke, den Qualität einer neuen Tarifgemeinschaft nochmals mitzumachen, und daß sie diese ihre Auffassung mit allen Kräften in Kollegenkreisen propagieren werde, nun, habe ich dann zu viel gesagt, wenn ich von den Kapp-Küßwischen in unserm Gewerbe sprach? Nein, das sind Kappaden in Reinkultur! Daß ich mit dieser meiner Auffassung der Fiedlerschen Erklärung nicht allein dastand, das beweisen die Zwischenrufe „und Nürnberg?“ von der mir gleichgestimmten Seite während der Ausführungen Fiedlers. Das sel in breiter Öffentlichkeit hier ausdrücklich festgestellt, mag es von der Gegenseite auch noch so unbecommem empfunden werden. Warum also so empfindlich?

Ich gehe in meiner Beweisführung für die wahren Absichten der Opposition aber noch weiter, indem ich auf eine im Frühjahr d. J. (vor der Nürnberger Generalversammlung) vom Kollegen Blumenthal einberufene Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ zu sprechen komme. Zu dieser hatte Kollege Grabmann das Referat übernommen. Als er auf die bevorstehende Nürnberger Generalversammlung zu sprechen kam und nachdem er der Opposition einige derbe Wahrheiten gesagt hatte, sprach auch er die Befürchtung aus, daß die Opposition, falls die Nürnberger Beschlüsse nicht nach deren Wünschen ausfallen würden, sich nicht fügen und außer der Reihe tanzen werde. Die damals anwesenden Anhänger der Opposition — wenigstens der größte Teil derselben — bestätigten dies durch lärmende Zwischenrufe, um dann ostentativ den Saal zu verlassen.

Zum Beweise der oppositionellen Verfassungstreue zieht Fiedler die in der Neuköllner Bezirksversammlung eingebrachte, nichts Hochverrätherisches enthaltende Entschließung heran und beruft sich auf die seitens der Opposition in Nürnberg abgegebene Erklärung, daß sie sich im Rahmen der Organisationsbeschlüsse halten werde. Damit wird gar nichts bewiesen! Das ist es ja eben: So dumm und unvorsichtig sind Sie nicht, meine Herren, von so prominenter, verantwortungsvoller Stelle wie Nürnberg oder in einer nach oben weiterzuführenden Entscheidung Ihre wahren Absichten zu verkünden! Das ist nichts weiter wie Sand in die Augen der großen Öffentlichkeit und eine Spekulation auf die Oberflächlichkeit der Leser. Ihre Mitarbeiter vollzieht sich vielmehr nach Moskauer Rezept hinter den Kulissen, in Versammlungen und an sonst verantwortungslosen Stellen.

Es dürfte sich nun verlohnen, auf Grund all der oppositionellen Varianten, wie ich sie in meiner Kontroverse mit Fiedler-Kofke festgehalten habe, einmal die oppositionelle Drehscheibe in Tätigkeit zu setzen und so den Sinn dieser Verhandlungskünster vor uns Revue passieren und in ihrer ganzen Seriosität auf uns wirken zu lassen. Ich resümiere also kurz; es ergibt sich dann folgendes Bild:

1. In der schon erwähnten Versammlung, in der Kollege Grabmann referierte, gibt die Opposition zu, eventuell auch der Reihe tanzen zu wollen.

2. In Nürnberg beteuert sie auf der Generalversammlung ihre Verfassungstreue.

3. In der Neuköllner Bezirksversammlung erklärt der Sprecher der Opposition trotz der Nürnberger Beschlüsse in ungewöhnlicher Weise, den Qualität einer neuen Tarifgemeinschaft nicht mehr mitmachen zu wollen und in diesem Sinn unter den Kollegen zu arbeiten. Darauf von mir angezapft, erwidert Kofke:

4. daß in den „bevorstehenden Stürmen“ jeder seinen Mann stehen werde, um in demselben Altemzuge wieder etwas deutlicher zu werden, indem er sagt:

5. daß bei allem Respekt vor Beschlüssen einer großen Vertreterchaft von Mitgliedern einer Organisationskonferenz nicht verlangt werden kann, daß man die als verfehlt anzusehenden gefassten Beschlüsse um jeden Preis als eine heilige Sache feiert.

Kofke muß wissen und weiß es auch, daß auch für ihn und seine Anhänger die Nürnberger Beschlüsse sakrosankt sind, und daß letzten Endes die Entscheidung darüber, ob und unter welchen Bedingungen Verträge weiter abzuschließen oder nicht wieder zu erneuern sind, nicht Sache der Opposition, vielmehr einzig und allein unser Berufsparlament dazu kompetent ist.

Nun, verehrte Leser, habe ich so unter Ziffer 1—5 den Scheler in etwas gelüftet, dann verhofft ihr sehr auch die grobe Empfindlichkeit der Fiedler-Kofke und meine Frage: Warum so empfindlich? Verlußt, dieses Ragout des oppositionellen Durchseinanders zu verdauen und macht euch dann selber einen Vers nach dieser Demaskierung. Ja, lieber Fiedler, mit Ihren eignen Worten erwidere ich: Häkelt du lieber geschwoegen!

Ich muß noch mit einigen Worten auf die anmaßende Sprache eingehen, die da in der in Neukölln eingebrachten Entschließung der Opposition beliebt wird, allwo es heißt: „... den Gehilfenvertreter des Tarifkreises VII zu erwählen, bei der Beratung der Anträge im Sinne der Weisheit der Berliner Kollegenchaft für die Aufhebung der Tarifgemeinschaft zu wirken“... So, meine

Serren von der Opposition, hat Sie denn die reine Zu-
fallsmehrheit bei den Delegiertenwahlen für Nürnberg
als Folge der gänzlich verfahrenen Listenaufstellung mit
zum Schluß „nur“ 75 Mandatstimmen, aus der kaum noch
rauszufliegen war, so sehr den Stamm auswellen lassen, daß
Sie glauben, so hochtrabend im Sinne der „Mehrheit“
der Berliner Kollegenschaft sprechen zu dürfen? Was
sagen Sie denn zu den jetzt erfolgten Wahlen der Be-
sitzer für den Verbandsvorstand?? Auch nicht einer
der vier Kandidaten der Opposition vermochte
die für die einfache Majorität erforderliche Stim-
menzahl von 4904 bei 9908 abgegebenen gül-
tigen Stimmen auf sich zu vereinigen! Der Oppo-
sitionsklub ist bei diesem Rennen auf der Strecke geblieben
und hat die oppositionellen Sonntagstreifer gar unan-
sich dem Saftel gehoben im Sinne und kraft der Mehr-
heit — diesmal aber der richtiggehenden Mehr-
heit — der Berliner Kollegenschaft! Wenn dies als ein
glückliches Omen wiederbeginnder Einigkeit und Rück-
kehr zu wirklich positiver, praktischer Arbeit zu deuten ist,
dann, Kollegen Fiedler und Kolke, bin ich Ihnen aufrichtig
danobar für Ihre „aufklärende“ Tätigkeit wie auch dafür,
daß Sie mir hiermit vor dem Forum der großen Öffent-
lichkeit Gelegenheit zu dieser Abrechnung mit Ihnen gaben.

Noch etms: Ob es klug war von Ihnen, lieber Kolke,
in Ihrer Erwiderung die Sache auch auf das politische
Gleis zu schieben, indem Sie der „Fra Moske“ Erwäh-
nung tun, das, Verehrtester, zu entscheiden, überlasse ich
dem Leser. Angehts der Moskauer Ehrerückungs-
dusche mit ihren für gewisse Kreise geradezu katastrophalen
Wirkungen wäre es vielleicht klüger gewesen, die Spiegel-
glatte Diele der politischen Arena hier nicht zu betreten.
Denn der Moskauer Stentopp wird seine „aufklärende“
Wirkung nicht verfehlen

Berlin-Neukölln.

E. Lehmann.

Macht die Augen auf!

Der selbige Besucher der Berliner Bezirks- und Gene-
ralversammlungen hat in den letzten anderthalb Jahren
die betrübende Erfahrung machen müssen, daß in ihnen
von positiver Gewerkschaftspolitik fast nicht die Rede war,
wohl aber wurden sie von den Anhängern der Opposition
benutzt zu politischen Auseinandersetzungen über die Dik-
tatur des Proletariats, die Rätefrage, über die „Ver-
brecherpolitik“ eines Regies, Verdammung der Gewerkschafts-
führer bezüglich ihrer Politik während der Kriegs-
jahre usw. usw. Nur zu oft kam es vor, daß die auf der
Tagesordnung stehenden, rein gewerkschaftliche oder organi-
satorische Fragen betreffenden Punkte erst in letzter Minute
und schon bei allgemeinem Aufbruch erledigt werden konnten.

Angekehrt von dem Präsenzialwall und dem Variieren
eines und desselben Themas durch die Redner der Oppo-
sition, gingen viele Versammlungsbesucher früher beim,
der letzteren das Feld räumend, gleichgültig dadurch der
Opposition billig den beabsichtigten Sieg über die Ver-
nunft in die Hände spielend, was ja auch der Zweck der
ganzen Übung war. Die Regie der Opposition war bisher
so famos organisiert, daß Sprecher der andern Seite fast
gar nicht zu Worte kamen, und war dies trotzdem der
Fall, wurden ihre Ausführungen, wenn sie den Nagel auf
den Kopf trafen und der Opposition das Spiegelbild vor-
hielten, mit Indianergeheul aufgenommen oder von Stoffe
und Genossen mit den vagsten Zwischenrufen begleitet.
Viele der Nichtoppositionellen haben die für den Besuch
der Versammlungen aufgewendete Zeit als nutzlos, als
vergebend angesehen und den Voratz gefaßt, die Versammlun-
gen nicht mehr zu besuchen.

Diesem Treiben der Opposition einen Riegel vorzu-
schleiben, daran haben die wenigsten gedacht; mag kein
aus Furcht vor dem Niedergeschriebenwerden, mag auch
sehr, weil sie glaubten, bei ihrem etwaigen Widerspruch
gegen das Gebaren der Opposition nicht den genügenden
Rückhalt in der Versammlung selbst zu finden. Die Augus-
teneralversammlung des Berliner Gaues hat aber be-
wiesen, daß die Opposition im Verhältnis doch recht wenig
Anhängerschaft hat, denn die Abstimmung über die An-
träge der Tarifgemeinschaftsgegner ergab die kitzliche
Stimmengahl von nur 25, gegenüber 500 bis 600 An-
hängern der Tarifgemeinschaft.

Daraus wäre die Lehre zu ziehen, daß die Nichtoppo-
sitionellen in den nächsten Versammlungen mehr Rückhalt
zeigen und die Tiraden der Redner der Opposition sich
nicht länger gefallen lassen. Etwas energischeres Auftreten,
etwas mehr Ausschüßberausgehen muß hier Platz greifen.
Wir dürfen uns kein Fehl daraus machen, daß in nächster
Zeit manches noch schlimmer werden kann. Die Anhänger
der K.P.D. werden jetzt alle Hebel in Bewegung setzen,
um den Weisungen der Moskauer Internationale Folge
zu geben. In einem Ullas hat letztere den kommunistischen
Gewerkschaftsmittgliedern aufgegeben, kommunistische Frak-
tionen in den Gewerkschaften zu bilden. Diese Frak-
tionen sollen gleichsam die Arbeit einer Sprengkolonne
verrichten, die Disziplin in den Gewerkschaften unter-
graben. Ferner heißt es in einem Abschnitt der Leitlinie
der Moskauer Internationale, daß die Kommunisten in
der Gewerkschaftsbewegung nicht vor einer Spaltung der
Gewerkschaftsorganisationen zurückschrecken dürfen, wenn
der Verzicht auf die Spaltung gleichbedeutend sei mit dem
Verzicht auf die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften
und mit dem Verzicht auf den Versuch, aus letz-
teren ein Werkzeug des revolutionären Kampfes zu machen.
Das heißt mit andern Worten: Die kommunistischen Mit-
glieder in den Gewerkschaften haben jetzt die Pflicht, alles
daran zu setzen, um eine Spaltung der Gewerkschaften
herbeizuführen. Notabene, wenn die Mitglieder und die
Leitungen derselben dies sich gelassen lassen.

Bisher haben die Anhänger der Opposition in unfern
Verbande stets betont, daß sie ja gar nicht die Absicht
hätten, den Verband zu sprengen. Es sei ihnen nur darum
zu tun, den Verband in ein andres Fabrikwasser zu drängen,
ihm den Charakter einer Klassenkampforanisation zu
geben, die Mitglieder aus dem Dusef des Gemeinschafts-
interesses mit der Prinzipalität zu reihen und was solcher
Redensarten sonst noch waren. Ich nehme an, daß dies
Bestreben das Leitmotiv bei der Mehrzahl der Anhänger
der Opposition und auch bei den meisten Führern war.
Seht aber, nach diesem Moskauer Ullas, heißt es für die
Politik der kommunistischen Partei angehörenden Oppo-
sitionellen, Farbe zu bekennen. Und für die Verbands-
leitung in erster Linie wie auch für alle übrigen Mitglieder,
die von einer Zersplitterung unserer Organisation nichts
wissen wollen, ist es die ernste Pflicht, etwa auftretenden
Verfehlern der Moskauer Internationale scharf auf die
Finger zu legen. Diesen guten Leuten, die bisher die
Diktatur des Proletariats predigten, darf es ja gar nicht
um diese zu tun sein, sondern nur um die Diktatur über
das Proletariat. Das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder,
das sie so heiß verfochten, muß ihnen jetzt Sekuba sein.
Die Mitglieder sollen zur Sammelherde werden, die ihren
Führern blindlings zu folgen hat.

Darum, nochmals, ihr Kollegen, die ihr nicht gewillt
seid, euch von ein paar heimlichen oder offenen Anhängern
der Moskauer Internationale leithammeln und eure Or-
ganisation zersplittern zu lassen, macht die Augen auf und
prüft in den Verammlungen diese Prediger der „Diktatur
des Proletariats“ auf Herz und Nieren. Wenn ihr das
tut, dann werden sie wissen, woran sie sind im Verbande,
der kein Moskauer Grezierfeld werden darf.

Berlin.

A. D.

Woran es liegt

Aus den Berichten der Orts- und der Bezirksvereine
werden ab und zu Klagen laut über den schlechten Ver-
sammlungsbesuch. Meines Erachtens liegt die Haupt-
ursache des schwachen Versammlungsbesuchs darin, daß
dieser jetzt zu teuer wird. Mit einem Glase Bier, dessen
Inhalt in der Zeit so klein geworden ist, daß er nur
Zweckloshochschule gestattet, kommt der Buchdrucker, selbst
wenn er ein „Beinhabtkontinente“ ist, nicht aus. Zwei Glase
wären also das „Minimum“. Kostenpunkt 2,50 Mk.
Gestattet er sich auch noch eine Zigarette und leifet sich
dazu in der Großstadt noch die Elektrische, so kommt ihm
der Versammlungsbesuch auf etwa 5 Mk. zu stehen. Früher
konnte er sich dies für 1 Mk. leisten, dabei aber vier Glase
Bier genehmigen, und zwar richtiggehendes, nicht eine
Mixtur von heute, deren Zusammenlegung zu raten aufgibt.

Niese es sich unter den jetzigen Verhältnissen nicht durch-
führen, die Versammlungen ohne Trinkwanz abzuhalten?
Entweder dadurch, daß der Raum für den betreffenden
Abend gemietet oder ein Eintrittsgeld erhoben würde?
Ich würde lieber 50 Pf. Eintritt zahlen und auf den Bier-
„genuß“ verzichten. Ich glaube bestimmt, daß ich nicht
allein auf diesem Standpunkte stehe. Ich war früher
immer „mang“, wo es in Buchdruckerkreisen feuchtschöblich
ging, und wäre es noch, wenn die Verhältnisse sich nicht
in so furchtbarer Weise geändert hätten. Ihnen muß Rechnung
getragen werden. Vielleicht ziehen die Ortsvereine
meine, vielleicht auch andre und bessere Vorschläge einmal
in Erwägung.

Sieben.

S. Elle.

Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Der schlechte Geschäftsgang und die damit
verbundene Arbeitslosigkeit greifen mehr und mehr
auch auf das Buchdruckgewerbe über. Die neuere Publi-
kation des paritätischen Arbeitsnachweises verzeichnet be-
reits 221 Konditionslose, darunter 151 Gelehrte und 59 Ma-
schinenmeister. Die allgemeine Lage in der Schweiz ist
schlecht, teilweise sogar sehr schlecht, die große Uhren-
industrie liegt schwer darnieder und die Stickereiindustrie
der Ostschweiz geht einer Krise entgegen, wie wir sie noch
nie erlebt haben. All das hat natürlich keine Rückwirkun-
g auf unser Gewerbe. Dabei läßt leider der Preis-
abbau immer noch auf sich warten, ja er verwandelt sich
je länger, je mehr in einen Preisaufbau. Die paar
Franken Lohnaufbesserung, die die Prinzipale dieses Jahr
bewilligen mußten, sind längst durch Mietwinaufschlag und
neue Steuern mehr als aufgebraucht und nun soll auch
die Milch nochmals verteuert werden!

Die Arbeiterzersplitterung auf religiöser
Grundlage, die bereits in Nr. 97 erwähnt wurde, wird
in der Schweiz gegenwärtig unter bundesrätlicher Protec-
tion im großen betreiben. Eine äußerst rührige Agitation
wird überall entfaltet, und zwar sind es nun auch die
Buchdrucker und die große Eisenbahnerorganisation, die
zum Angriff aussersehen sind, da bei ihnen die christlich-
sozialen Bestrebungen bisher nur wenig Wurzeln schlagen
konnten. Ob sie viel oder wenig Erfolg haben werden,
das hängt zur Hauptsache auch von der Taktik der Ge-
werkschaften selbst in der Zukunft ab. Die Arbeiterschaft
sollte sich mehr auf sich selbst besinnen und sich nicht durch
fruchtlose Kämpfe über Theorien und Richtungen weiter
zerfetzen und nach außen das Bild der Zerfahrenheit
geben. Vom 15. bis 17. Oktober findet in Leuenburg
ein schweizerischer Gewerkschaftskongress statt, der hoffent-
lich eine unzweideutige Klärung bringen wird.

Skandinavien. Am 20. und 21. August fand in Amsterdam
die 53. Generalversammlung des Allgemeinen
Niederländischen Typographenbundes statt. Mit

Ausnahme einiger kleiner Abteilungen waren fast alle
Sektionen des Bundes vertreten. Die Tagesordnung war
eine ziemlich reichhaltige, doch konnte sie in fünf nicht allzu
langen Sitzungen aufgearbeitet werden. Die Tagung nahm
also einen stoffen Verlauf und lieferte den Beweis, daß
die holländische Kollegenschaft in und mit der Organisa-
tion lebt und erkrankterweise alles vermindert, was eventuell zu
bedauerlichen Differenzen hätte führen können. Die Kritik,
die geführt wurde, war aufbauend und in keinem einzigen
Falle scharf oder vom Saft getragen. Die Berichte des
Sekretärs, des Stallerers und über die Verwaltung unfern
Bruderorgans „Grafisch Weekblad“ wurden mit ge-
ringen Anmerkungen genehmigend zur Kenntnis ge-
nommen. Hosi bei der Besprechung über das Verhalten
des Hauptvorstandes im abgelaufenen Berichtsjahre war
die Diskussion etwas animierter. Einzelne Delegierte
machten dem Vorstand den Vorwurf, daß er anfänglich des
von der sozialdemokratischen Partei für den 8. Juni an-
geleiteten einseitigen Profestriktes der holländischen Ar-
beiterschaft gegen den reaktionären Antirevolutionsge-
setzentwurf eine schlappe Haltung eingenommen hätte, so daß
zum Miblingen dieses Streiks auch die Buchdrucker ihren
Teil beigetragen hätten. Aus diesen Reden gewann der
Vorstand die Überzeugung, daß verschiedene Sektionen in
dieser Hinsicht nicht richtig informiert waren, sonst hätten
sie gewiß nicht ihre Delegierten damit beauftragt, dem
Vorstande gegenüber eine ablehnende Haltung ein-
zunehmen. In seiner Verteidigungsrede führte der Vor-
stand folgerichtig aus, daß er bei politischen Profestriktes
keine bindenden Beschlüsse für alle Mitglieder erlassen
könne, wozu außerhalb der Gewerkschaft lebende dritte
Personen die Initiative geben. Die verschiedenen Statut-
änderungen wurden fast vollständig nach den Anträgen er-
ledigt, bloß der Artikel 5 des Statuts erhielt die Fassung,
daß von nun an Photolithographen und Steindrucker nicht
mehr in den Bund aufgenommen werden können. Sie
müssen Mitglieder ihrer speziellen Beruforganisation
werden. Diejenigen, die bereits seit langem Mitglieder
des Allgemeinen Niederländischen Typographenbundes sind,
bleiben auch fernerhin Mitglieder. Jünglinge und Mädchen
über 14 Jahre können als sogenannte Aspiranten unter
dem Schutz der einzelnen Sektionen aufgenommen werden.
Der Vorstand setzt sich nunmehr aus 15 Personen
zusammen; jedes Vorstandsmitglied muß mindestens ein
Jahr von 25 Jahren erreicht haben, und die einzelnen
Fachgruppen sollen entsprechend vertreten sein. Eine Änderung
erlud das Heiratsreglement, und die Beiträge im Falle des
Abblebens an die Hinterbliebenen wurden erhöht. Der Ver-
band wird auch probeweise in bezug auf die finanzielle
Belastung an der Jugendorganisation teilnehmen und für
seine Jungmannschaft die Zeitschrift „Het jonge Volk“
beziehen. Jeder Sektion steht es aber frei, in dieser Hin-
sicht selbständig zu handeln. Dafür wurden mit Ende des
Jahres die Zeitschriften „De jonge Boekbinder“ und
„De jonge Boekbewerker“ fallen gelassen. Der An-
trag, einen vierten Verbandsfunktionär anzustellen, wurde
in aufstimmendem Sinn erledigt.

Dänemark. Zur Abhilfe des Lehrlingsmangels
im dänischen Buchdruckgewerbe erhielt die Leitung
des Kopenagener Buchdruckervereins große Anzeigen in
den dortigen Tageszeitungen, die darauf teilweise einen
50prozentigen Preisnachlass gewähren, mit der Aufforde-
rung an die Leser, ihre jungen Angehörigen dem Buch-
druckgewerbe zuzuführen. Um der größeren Wirkung
willen wird darauf verwiesen, daß der Lohn eines Buch-
druckerlehrlings jetzt 12—20 Kr. pro Woche beträgt; die
fünfjährige Lehrzeit könne unter Umständen abgekürzt
werden.

Polen. Die Verhandlungen in der Stadt Posen,
die von einer besonders gewählten Kommission geführt
wurden, da der dortige Zarlausausschuß zur Zeit indispo-
niert ist, haben ihren Abschluß gefunden. Es kam eine Ein-
gung dahingehend zustande, rückwirkend vom 15. August
auf eine Erhöhung der gezahlten Minimallohne um 25 Proz.
eintreten zu lassen. Das Minimum beträgt nun in der
Stadt Posen für Gehilfen über 24 Jahre wöchentlich 760 Mh.
(polnische Währung). Diese Abmachungen gelten nur für
die Stadt Posen bis zum 1. Oktober. Bis dahin sollen die
Lohnsätze in dem gesamten ehemals preussischen Ge-
biet einer neuen Beschlußfassung unterliegen bzw. eine
Tarifrevision stattfinden. Die Polener Maschinenleher ge-
denken hierbei einen 40prozentigen Zuschlag zum Lohn-
minimum zu fordern, statt der bisher gezahlten 20 Proz.

Großbritannien. Des allgemeinen englischen Gewerkschaftslebens, nicht zuletzt desjenigen der Buchdrucker, hat
sich in letzter Zeit eine lebhafte Anruhe bemächtigt. Die
Ursache dafür ist in der Aufzucht eines sogenannten
Gewerkschaftsbewegungsrats („Council of action“) gegen-
über der Regierung zu erblicken, wegen deren Stel-
lungnahme zum Kriege zwischen Polen und Rußland. Die
Anregung zur Schaffung eines Gewerkschaftsrats ging
aus von den Leitungen der Berg- und Eisenbahner-
organisationen; urpöblich trat er ins Leben. Ohne Zweifel
lag darin eine Herausforderung der Regierung, aber zu-
gleich war auch ein erfreuliches Zeichen des erwachenden
Bewußtseins der Massen in England darin zu erblicken.
Die Meinungen darüber sind allerdings geteilt. Die englischen
Buchdrucker z. B. legen keinen Wert darauf, als revo-
lutionär zu gelten. Wilde Bewegungen sind ihnen ver-
pönt. Der Betätigung internationaler Solidarität bringen
sie zwar größeres Verständnis entgegen als früher, doch
muß ihre berufliche Entscheidungsfreiheit davon unberührt
bleiben.

Die englischen Arbeiter sind keine Freunde des Bolsche-
wismus und wünschen die Einmischung der Sowjetregie-
rung in ihre nationalen Angelegenheiten nicht. Als
die einzige linkssozialistische Zeitung, der „Daily He-
rald“, vor einigen Monaten eine etwas zu enge

Gedankenverbindung mit der Sowjetregierung erkennen lieh, wäre ihr Schicksal beinahe besiegelt gewesen. Fast 1000 Wd. Sterk, wöchentl. waren erforderlich, um das Organ, das den belagerten Klassen ein Dorn im Auge ist, zu halten. Ein erheblicher Teil des Zuschusses war freilich auf die hohen Papierpreise zurückzuführen. Tatsache ist, daß ein Arbeiterorgan in England sich nur durch die finanzielle Hilfe der Gewerkschaften am Leben zu halten vermag.

Nach langen, ergebnislos verlaufenen Verhandlungen zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft kam es in Man-

chester und Liverpool am 28. August zum Streik. Die meisten Zeitungen erschienen nicht, darunter „Liverpool Courier“ (zum erstenmal seit 120 Jahren) und der berühmte „Manchester Guardian“. Die Stimmung auf beiden Seiten ist erbittert und über den Ausgang des Kampfes läßt sich bis zur Stunde noch nichts sagen.

Briefkasten

D. M. in B.: Das hat aber lange gedauert bis zu der Entscheidung, daß der am 28. August in dem „Druckereistützungen“ mit angeführte Betrieb Richard Falk in Berlin gar nicht

blüht, sondern unverändert weitergeführt wird. Unser Gewährsmann muß sich in diesem Falle geirrt haben; vielleicht hat die Ablichtung, die Billigung vorzunehmen, dazu geführt. — A. W. S. in B.: Wird gebracht, wenn die Vorgänger befristet sind. — J. in B.: Wird immer noch recht lebhaft. — B. in G.: Das ist doch einmal ein Miß. Werden hier im Caritativhause zum helfen geben, damit man in Zukunft weiß, von wo Hilfe kommen kann. — B. in D.: Wird zweckentsprechend verwendet. — G. M. in D.: Darüber Erörterungen anzustellen, hat jetzt gar keinen Zweck. — G. S. in Halle: 20 Mk. — G. M. in Reichenhaff: Die vermehrten 6 Mk. lagen Ihrem Schreiben nicht bei; Sie wollen diese auf unter Post. (Leipzig 61328) einzahlen. — G. B. in A.: In dieser Form wird es genügen. Von Überlegung der Arbeiten bitten Sie stand zu nehmen. (Hierzu eine Beilage.)

Fünfter Mitteldeutscher Buchdruckerfängertag

Unre Forderung auf eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat sich leider als fruchtlos erwiesen. Der vorbereitende Ausschub stellt sich nach Prüfung aller Schwierigkeiten, mit denen ein solches Gängertag verknüpft ist, veranlaßt, den interessantesten Kollegengangsvereinen die Mitteilung zu machen, daß der fünfte Mitteldeutsche Buchdruckerfängertag nicht, wie vorgelesen, im nächsten Jahre, sondern erst

Pfingsten 1922

stattfinden wird. Wir bitten die verehrlichen Kollegengangsvereine, hiervon Kenntnis nehmen zu wollen. Kollege Edmund Laue, Halle a. d. S., Al. Klausstraße 7 II, ist zur Beantwortung etwaiger Anfragen gern bereit.

Der vorbereitende Ausschub

Ein gutes Werk wird gern begehrt!

Senden Sie bitte an meine Adresse 12 Exemplare der Verbandsgefichte. Das Werk hat Anklang gefunden. Jeder Kollege unseres Ortsvereins will ein solches sein eigen nennen. Franz Hofmann, Obligs

Zum Preise von 2,50 M. ohne Versandkosten zu beziehen durch:
VERLAG DES B.-V. D. D. B. / G. M. B. H. / LEIPZIG
 Salomonstraße 8 III - Fernruf 12789 - Postfachkonto Leipzig 53430

Tüchtiger Sezerfaktor

zum sofortigen oder baldigen Eintritt gesucht. Bewerber müssen unbedingt gute Zeichner sein und den modernen Akzidenzdruck beherrschen. Neben diesen Verbindungen wird gutes Dispositionstalent und die Befähigung, ein größeres Personal anzuleiten, verlangt.

Angebote mit Zeugnisabschriften und Muster erbeten an
Gustav Pritz & Sio., Leipzig-Göltzsch, Eichhörnchenstraße 17.

Vorlagentafeln zum Schriftschreiben

12 verschiedene Schriftarten in Mappe 3,25 Mk.

Verlag des B.-V. D. D. B. / G. M. B. H. Leipzig, Salomonstraße 8 III Postfachkonto Leipzig 53430

Bezirk Essen (Ruhr)

Donnerstag, 23. September, abends 8^{1/2} Uhr, im Hotel „Vereinshaus“, am Hauptbahnhof:

Bersammlung des graphischen Gewerbes

Referent: Kollege Böttcher (Stuttgart). Thema: „Zweck und Ziel des graphischen Industrieverbandes.“ [167]

Alle Funktionäre der angeschlossenen Vereine sind eingeladen. Freie Aussprache.

Das Graphische Kartell.
 V. M.: Karl Gerhard, Vorsitzender.

Maschinensezer

für Typograph (Modell B) sofort gesucht [160]

Druckerei zum Gutenberg (G. m. b. H.), Magdeburg-R., Nikolaistraße 7.

Vinotypesezer

(Kriegsbeschädigt), 22 Jahre, lebhaft, mit längerer sucht gefällig auf Ausbildung gute Handsezerzeugnisse, möglichst bald in **Anfangsstellung** Gesl. Angebote unter Nr. 188 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Zigaretten

empfehle folgende

Reklamemarken (ohne Mundst.):
 Gutenberg A 100 Stück 19 Mk.
 do. B 100 „ 27 „
 do. C 100 „ 32 „

Sämtliche Marken einer künftiger, goldgelber Zigaretten, große weiße Gellon. Gutenberg A kann nur mit anderer Marke (B oder C) je 100 Stück geliefert werden. Bei 500 Stück franko. Viele Anerkennungen! Ein Versuch überzeugt!
 Tabakwarenverhandlung Dornau, 27 München, Schwabthaler Straße 63.

Maschinenmeister

gut vertraut mit Seureka-Rotation, zuverläßlich im Akzidenz- und Farbendruck, ein lauberes Arbeiten gewöhnt, für 4. Oktober gesucht. Angebote unter Nr. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Junger Typographsezer

(A) sucht Stellung. Sachsen oder Sächsischland bevorzugt. Gesl. Angebote erbeten an
G. Hartmann, Sagan i. Schl., Ring 72.

Jedes Werk

10 Pros. Abzählung monatlich G. Samarow, Weltfior. Romane, 11 Bände, eleg. geb., 148 Mk. Angenraders Gesl. Werke, 4 Bände, eleg. geb., 60 Mk. Rud. Herzogs Gesl. Werke, 6 Bände, eleg. geb., 134 Mk. Werh. Hauptmann, Gesl. Werke, 6 Bde., eleg. geb., 165 Mk. W. H. Stauder, Romane, 3 Serien je 6 Bde., geb. Je 6 Serie 180 Mk. G. Marill, Romane. Originalausgabe. 10 Bände, geb., 165 Mk. W. Helmberg, Romane. Illustrierte Originalausg., 10 Bde., geb., 165 Mk. Aug. Steinberg, Romane. 5 Bände, geb., 80 Mk. [164]

G. S. Otto & Sio., Berlin-Nikotterstraße.

Monotypesezer

sucht „Generalangeleser“, Würgurg. [149]

Gewissenhafter **Fertigmacher** zu sofortigem Eintritt gesucht. [145]

Otto Welfer, Stuttgart, Schriftgießerei und Metalllinienfabrik.

Auf das in Nr. 38 des „Korrespondenz“ (10. April) sehr auernehmend besprochene, äußerst leistungswertige Buch:

Dr. F. o. ch

„Zukunftige Krankenpflege“ werden hiermit alle kranken und nichtkranken Personen nochmals vermehrt. Zu beziehen durch Koch, München, Innere Wiener Str. 2. Preis 9,60 Mk.

Tüchtiger u. präzis arbeitender Korrektor

mit höherer Schulbildung (Gymnasium) und modernen Sprachkenntnissen (Englisch) sucht wohnmöglich dauernde Stellung, egal wohnort! Gesl. Angebote erbeten an **Sans Giegler, Berlin-Schöneberg, Merseburger Str. 10, Gartenb. III.**

Fener Setzer, der auf Fortschritte

„Der Schriftsetzer im neuzeitlichen Druckereibetrieb“. Anhang: „Die Berufssprache des Setzers“. 3 Mk. frei. F. Seidel, Reutlingen, Maurerstr. 37. Postfachkonto 19039 Stuttgart. [33]

Schriftsezer

(22 Jahre alt), im Akzidenz-, Tabellen- und Interaktionsfirma, sucht sofort Stellung. **Paul Ott, Chemnitz i. Sa., Jelenstraße 28.**

Maschinenband

Friedensqualität, liefern [663]

Reyner & Moll, Pflaßdorf, Graf-Adolf-Straße 112.

Bei Arbeitsmarkt sowie kleineren Anzeigen wollen Inserenten der Portoerparungen wegen den Betrag gleich mit beiliegen; bei Beträgen unter einer Mark Briefmarken, kein Scheck! Geschäftsstelle des „Korr.“

Tüchtiger Vinotypesezer

wünscht sich nach Schließen der Sachen zu verändern. Gesl. Offerten unter Nr. 152 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Verheirateten Kollegen

diese gute Vertretung an. Briefl. Anfragen an [165]

M. Friebe, Leipzig-Göltzsch, Arnoldstraße 9.

In der Nacht zum 14. September verstarb plötzlich unerwartet, trauer Kollege, der Maschinenmeister [158]

Georg Döbler
 im Alter von 32 Jahren. Erst kurze Zeit als Kaffeehaus tätig, hat er sich als gewissenhafter und tüchtiger Mitarbeiter bewährt. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
 Die Kollegen des Bezirksmaschinenmeistervereins „Klopffolz“, Kiel.

Junger Typographsezer

(Modell U. B.), zur Zeit in ungenügendster Stellung, sucht anderweitig Konstellation. Einzel wohnort wünschenswert in Schließen. Gesl. Offerten unter A. 141 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Am 15. September verstarb nach kurzem Leiden unser allverehrter Chef, der Buchdruckermeister

Herr Ernst Helmut Diezsch

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen Chef, der durch sein unermüdliches Streben, seine vornehme Gesinnung und sein humanes Empfinden in jedem seiner Betriebsangehörigen Arbeitsfreudigkeit erweckte.

Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
 Schwerin i. M., den 15. September 1920.

Das technische Personal der Buch- und Kunstdruckerei Helmut Diezsch & Sio. [155]

Das es mir unmöglich ist, alle eingegangenen Offerten für eine Genossenschaftsdruckerei persönlich zu beantworten, teile ich mit, daß die Stellen besetzt sind. [154]

G. Schmidt, Sonderhausen.

Off. Eintragungen an den „Korrespondenz“ für Deutschlands Buchdrucker auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Meine gute Stellung

als fremdsprachlicher Korrespondent in einem hiesigen großen Exporthaus verdanke ich lediglich meinem Studium Ihrer Unterrichtsbücher. — Nebenbei ist die Wirkung Ihres Unterrichts auf die Gedächtnisentwicklung und die Erweiterung des Horizonts eine ganz bedeutende. — Wer Ihr Werk durcharbeitet, hat ohne Zweifel einen gewaltigen Schritt in seiner Entwicklung vorwärtsgetan, dabei seine Konzentration und Ausdauer erprobt und gefestigt und sich Kenntnisse erworben, deren Reichhaltigkeit ihm eine Schiene oder ein Ruder nie vermählt hätte. Auf Grund meiner Sprachkenntnisse, die ich mir durch Ihre Methode erworben habe, ist mein Monatsgehalt um ein bedeutendes erhöht worden.

So lauten einige Auszüge aus den vielen tausend Anerkennungs-schreiben, die wir im Laufe der Jahre erhalten haben. Nach dieser Methode können Sie eine fremde Sprache in interessanter und leichter Weise so erlernen, daß Sie sie in kürzester Zeit richtig schreiben, lesen, sprechen und verstehen. Verlangen Sie unsere Einführung S. 39 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprache. Schreiben Sie heute noch eine Postkarte an die Langenscheidt-Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnstraße 29-30 (Wegr. 1855), den Verlag der Sprachunterrichtswerke nach der

Methode Louvain-Langenscheidt

Sum sofortigen Eintritt suchen wir einen äußerst tüchtigen

ersten Akzidenzsezer

der selbstständig im Entwurf ist, den modernen Satz beherrscht und hohe Anforderungen an Geschmacks und Vollständigkeit zu erfüllen vermag. Derselbe muß unsere Akzidenzabteilung selbstständig leiten und den Oberfaktor vertreten können. [166]

Graphische Anstalt Schirmer & Mahlau, Frankfurt a. M.

Vinotypesezer

erke Kraft, sucht selbständige Konstellation, eventuell leitende Stellung. Offerten unter Nr. 157 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 106. — Leipzig, den 21. September 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Staatsbankrott — Zwangsanleihe — Arbeitspflicht

Das Gespenst des Staatsbankrotts ist in unserm Staate noch nicht vertrieben. Die Zwangswirtschaft in Verbindung mit der Inflation oder Papiergeldpest erschüttern das Wirtschaftsleben nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen Staaten der Erde. Es muß als ein Unglück bezeichnet werden, daß nach dem Ausbruche des Weltkrieges die Einflugschicht der Banknoten aufgehoben wurde. Auf diesem Wege ließ man in Deutschland die Goldwährung hinter sich und gab wertlosen Papierseihen einen Wert, den sie nach dem Währungsgeetze keineswegs befehlen. In der Form mußte in Parallele mit Warenknappheit eine Steigerung der Marktpreise in die Erscheinung treten, was politisch die Beunruhigung der Konsumenten bedeutete und ernährungspolitisch den Boden für die Käuferfreilei bereitete, die schließlich zu Betriebsstörungen führten und die Seere der Arbeitslosen vermehrten. Ein Chaos ganz gewaltiger Art. Die abschüssige Bahn scheint keinen Haltepunkt zu haben. Und doch müssen wir es organisatorisch schaffen, daß deutsches Finanzwesen und deutsche Wirtschaftspolitik wieder gefunden. Die Arbeiterklasse hat das größte Interesse daran.

Es ist notwendig, wenn bessere Verhältnisse kommen sollen, daß von Staats wegen die unproduktiven Ausgaben herabgesetzt werden. Als diese für den Krieg aufhörten, traten an ihre Stelle die unproduktiven Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützungen und Lebensmittelsubventionen. Will man in diesem Zusammenhange die Zunahme des Notenumsatzes verstehen, muß man die Kosten der Befehlsherrschaft und des Staates betriebe auch noch berücksichtigen. Das deutsche Wirtschaftswesen ist also unbedingt durch die in Unordnung geratene Finanzwirtschaft entstanden. Von hier aus, von einer Besserung der Finanzen, muß also der Anfang der Reformen eingeleitet werden. Die Kaufkraft des Geldes ist allein durch Einschränkung der Staatsausgaben zu stabilisieren. Die Papierwährung muß von der Metallwährung befreit werden.

Der Staat ist heute der schuldige Teil, wenn die Preise nicht sinken. Er drückt fortgesetzt seine Papiernoten, um sie zur Zahlung von Gehältern und zum Einkauf von Materialien in Umlauf zu setzen. Durch den vermehrten Geldumlauf werden die Preise auf dem armen Markt in die Höhe getrieben, was wiederum die Schulden des Staates steigert. Die großen ungedeckten schwebenden Staatsschulden sind die Folge mit dieser hohen Marktpreise. Zur Zeit haben wir etwa 265 Milliarden Schulden, in welchem Betrage 40 Milliarden Eisenbahnschulden enthalten sind. Die Summe entspricht unterm früheren Nationalvermögen, das der unglückliche Weltkrieg und das Friedensdiktat von Versailles völlig aufgelauert hat. Rein buchhalterisch wäre der Staatsbankrott für Deutschland längst reif, nur der Realcredit auf unsere Staatswerte jeder Art läßt den Prozeß verzögern, ohne daß wir dadurch im Sinne des Strafgesetzes in einen betrügerischen Staatsbankrott geraten.

Was soll nun werden, um den Untergang zu meistern? Die Steuerfahne, die sie auch noch so kräftig und ergiebig, kann den Ausgleich nicht schaffen. Die gegenwärtig fruchtbarere Finanzliteratur fordert u. a. Wiederanführung der Goldwährung. Der Vorschlag ist schwer realisierbar, weil unser Goldbestand der Reichsbank nach dem verfehlten Friedensinstrument keine Bewegungsfreiheit mehr besitzt. Mancher Theoretiker will deshalb auch das Gold ausschalten und nur Goldbanknoten für den Verkehr. Gut. Die Preispolitik und der Arbeitsmarkt würden dann gewiß ruhiger, wenn die Durchschnittsweltmarktaufgabe bei der Festlegung des Wertes der Goldbanknoten Verrechnung finden könnte; denn Innen- und Weltmarktpreise müssen ausgeglichen werden, damit auch die Kalkulationsmöglichkeit Boden unter den Füßen erhalte. Das Maß der Zusammenhänge, die das wirtschaftliche Schicksal der Menschen bestimmen, ist eben eng und groß. Die Möglichkeit besteht in der Form, daß die Pacht-, Anstellungs- und Lieferungsverträge auf eine festere und sichere Grundlage gestellt werden können. Der Arbeitsmarkt findet Ruhe, was mit anderen Worten heißt, daß Zeit und Kraft für die Geschäftswelt frei gemacht werden, um von ihnen zukünftige Wirtschaftspragmen lösen zu lassen. Gerade in diesem Punkte leben wir in äußerster Stunde.

Die Erlöszen der Staatsfinanzen wird durch solche Reformen nicht erschüttert, weil die Schulden in Papiermark fortbleiben. Es bleibt dem Staat aber frei, seine Papierschulden in ein gesundes Verhältnis durch ein festes Umrechnungsverhältnis zu bringen. Das sind reine Buchführungs- und Bilanzfragen, für deren Beantwortung die Geschäfte den Bankfachmännern einen großen Spielraum läßt; auch in der kameralistischen Buchführung. Die Hauptfrage ist aber, daß unser Wirtschaftsleben von der Papiergeldpest, die am 21. August 1920 genau 69,73 Milliarden Mark erreicht hatte, auf diese Weise befreit wird. Denn dann, wenn neben dem Papiergeld die Metallwährung herrscht, nimmt kein Mensch mehr minderwertige Zahlungsmittel des Staates an. Und das be-

deutet den Anfang der Gesundung unrer Wirtschaft und Finanznot. Der Staatsbankrott kann vermieden werden, unter dessen Wucht und Not etwa 90 Proz. des deutschen Volkes zu leiden hätten.

In der Handelswelt spricht man von einer Zwangsanleihe, die auf Veranlassung der Reichsbank kommen und auch das Papier befehlen soll. Der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, weil die Prämienanleihe im Winter vorigen Jahres ein Glashaus bildete für das Finanzministerium. Auf dem Lande schließt man auf den Tausendmarktscheinen, während der Staat kein Geld hat und in Finanznot lebt. Da muß Rat geschlagen werden, weil wir der Staat jetzt alle sind. Die Kapitalkucht und die Kapitalverflechtung wird bei einer derartigen Zwangsmahnahme sicher wieder Orgeln selern, was bedauerlich wäre, weil die Zwangsanleihe der Reichsbank und den Reichsfinanzen eine Erleichterung bringen soll. Die schwebende Schuld, die Papiergeldflut, müssen wir mindern, indem wir aus ihr eine hunderte, also verjüngliche gestalten. Die Zinsleistung des Reiches würde auf diese Weise zwar nicht geringer, aber ein großer Teil der schwebenden Schulden, d. h. solcher mit kurzer Frist von drei Monaten, kann von den Inhabern nicht gekündigt werden und so auch niemals in Papier aufliegen. Der Gewerkschaftler muß von der Zwangsanleihe verlangen, daß sie auf keinen Fall die in der Produktion schon überreichlich bestehende Kapitalnot noch verschärft. Die private Betriebskapitalien sind unbedingt schonend zu behandeln und dürfen nicht aus der Wirtschaft herausgezogen werden, weil letzterer für einen so starken Aderlaß heute einfach die Lebenskraft fehlt. Was das Reichswirtschaftsministerium aufbauen will, indem es Organisationen schafft, die die Kapital- und Kreditnot der Wirtschaft beheben sollen, darf von den Finanzbehörden nie und nimmer eingelesen werden durch Zwangsanleihen; denn in der Art müßte eine weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes einleiten, was politisch im Innern des Landes die Beunruhigung der Massen bedeutet. Auch die Durchführung einer Zwangsanleihe stößt schließlich auf viele technische Schwierigkeiten bei der umständlichen Vermögensfeststellung. Der Erfolg hängt von einer schnellen Durchführung ab.

Der Weizen der Getreidemacher blüht jetzt. Am der republikanischen und wirtschaftlichen Not zu steuern, müssen alle Register aufgezogen werden. In diesem Zusammenhange steht noch ein Geleß, das die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht im Deutschen Reich zwecks Behebung der Notlage des Reiches und Erfüllung der wirtschaftlichen Friedensbedingungen vorseht. Wie das Geleß im einzelnen aussieht, weiß man noch nicht. Klar ist es aber für jeden denkenden Menschen, daß das ganze Volk gewaltige Anstrengungen machen muß, um aus dem großen Elend zu kommen. Die Arbeitsunlust großer Kreise muß überwunden werden. Die zuvor behandelten währungs- und finanzpolitischen Maßnahmen haben nur Aussicht auf endgültigen und absoluten Erfolg, wenn mit ihnen eine Erhöhung der Arbeitsleistung auf menschlicher Basis, die Ruhe im Innern aus Vernunftgründen und Änderung des Versailles Vertrags aus Gerechtkeitsgründen Schritt hält.

Was aus Deutschland wird, bestimmt letzten Endes das Volk selbst. Möge es gelingen, in den Bestrebungen des Wiederaufbaues die Spreu vom Weizen zu sondern, damit eines Tages wieder Sonne in unsre Herzen und Glück in unsre Häuser einziehen kann. Die Zeiten sind wohl ernst, aber nicht zum Verzweifeln, wenn wir vernünftig und energisch handeln. Jeder einzelne Mensch ist da eine Größe, die das Schicksal der deutschen Republik und des deutschen Volkes formen helfen kann. In neueren Herrn lockt ein neuer Tag! Sozialismus ist Arbeit und Tatendrang.

Nordhausen.

Paul Otto George.

Notwendigkeiten

Das gegenwärtige Stadium der Arbeiterbewegung erscheint mir so wichtig für die weitere Entwicklung und Zukunft der Arbeiter, daß es notwendig wird, die gegenwärtige Situation für die Arbeiter nach allen Richtungen zu prüfen und auszunutzen. Voraussetzung hierfür ist eine geeinte Arbeiterklasse, die ihre Machtstellung in der Gesellschaft zu gebrauchen versteht.

Arbeit ist die Quelle alles Reichtums. Ein Land, noch so reich an Naturschätzen, das eine Bevölkerung hat, das diese Schätze nicht hebt, müßte elendiglich verkommen. Jeder Staat hat also ein Interesse daran, daß Arbeitsmöglichkeit geschaffen wird. Jede Unterbrechung oder Sabotierung der Arbeit kann zu einem Verbrechen an der Gesamtheit werden. Mit anderen Worten: Arbeit ist sittliche Pflicht gegenüber der Gesellschaft! Aus Pflichten entstehen aber auch Rechte. Die Arbeiterklasse hat das Recht auf eine Existenzmöglichkeit, und wer dieses Recht den Arbeitern vorenthält, vergrößert das Fortbestehen des Staates. Er muß als der größte Schädling betrachtet und aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Auch diejenigen, die bei Aufbrennen des Profits zur Stilllegung oder Unterbrechung der Produktion schreiten, müssen als schäd-

lich für die Gesamtheit betrachtet und als solche auf das schärfste bekämpft werden.

Die heutigen Zustände sind so recht dazu angetan, um zu der Überzeugung zu kommen, daß von Internehemerseite, nun, da die Profite etwas ausbleiben, Sabotage an der gesamten Produktion geübt wird. Die gesamte Arbeiterklasse, Hand- und Kopfarbeiter, muß sich klar sein, welche Stellung sie zu der Unterbrechung und Sabotierung der Produktion einnimmt. Geiragen von Geschlossenheit, muß ihr Macht- und Kraftbewußtsein sie dazu befähigen, mit Hilfe des Staates auf legalen Wege die Fortführung der unterbrochenen Produktion aufzunehmen.

Dazu brauchen wir auch Männer im Parlament, die von den wirtschaftlichen Zusammenhängen etwas verstehen und die Arbeiterinteressen in dieser Richtung gut vertreten. Uns ist nicht damit geblieben, daß man sich schmeißend in die Ecke stellt. Mit politischen Absichten ist uns auch nicht geblieben. Noch nie ist die Arbeiterklasse vorwärts gekommen durch Arbeitslosen; alles, was wir erlangen haben, haben wir durch fleißige Mitarbeit erreicht. Man kann nur dann seinen Gegner bekämpfen, wenn man seine Kampfmethoden kennt und ständig verfolgt.

Heute wird die Masse des arbeitenden Volkes als Objekt behandelt. Sie, auf deren Schultern doch erst das Fortbestehen des Staates ermöglicht wird, werden von einer Clique skrupelloser Elemente ausgebeutet. Ist es nicht unerhört, daß bei der höchsten Not eines Volkes eine Fischgesellschaft 900 Proz. Dividende ausschütten konnte? Muß bei einer solchen Wirtschaftsmethode, die sich mehr oder weniger auf allen Gebieten bemerkbar macht, die Inflation des Papiergeldes nicht in erschreckender Weise zunehmen? Gehet wir nicht durch dieses Treiben auf wirtschaftlichem Gebiete mit Riesenschritten dem vollkommnen Zusammenbruch entgegen?

Die Arbeiterklasse muß mit der größten Energie hierzu Stellung nehmen. Wir müssen uns daran gewöhnen, daß wir aus der Periode, die nur Löhnerhöhungen bewachte, heraus sind. Wir müssen mitatende und mitatende Wirtschaftspolitik treiben. Das Begreifen von Ursachen und Folgen muß uns geläufiger werden. Dann kann es nicht mehr vorkommen, daß auf den Generalparlamenten der Gewerkschaften von geistig Unselbständigen gelagt wird, die „Bongen“ seien schuld am Krieg und hätten auch die heutigen Verhältnisse verschuldet. In den heutigen Verhältnissen ist aber die kapitalistische Wirtschaftsordnung, die die Arbeiter als Objekte ihrer Geleße behandelt, um die mit ihren Expansionsbedürfnissen sich heimlich überschlug, allein schuld. Deshalb müssen wir an diese Geleße schalt heran! Hier liegt die Ursache alles Unglücks, das über uns gekommen ist. Hier haben wir die Pflicht, einzusetzen!

Die Warenpreise müssen in Einklang mit der Kaufkraft des Volkes gebracht werden. Preisrisikofellen müssen eingerichtet werden, worin Produzenten, Händler und Verbraucher vertreten sind. Vom Rohstoffe bis zur fertigen Ware müssen diese Stellen den Hergang der Produktion überwachen. Alle Machenschaften, die die Waren verteuern könnten, müssen streng unterdrückt werden.

Die lagernde Warenmenge muß an die Bevölkerung zu annehmbaren Preisen abgegeben werden, unbedünnter um die Getreidepreise, eventuell unter Zwangsmahnahmen. Es würden dadurch die lagernden Waren aufgebraucht und neue Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Zu allen diesen Maßnahmen gehört aber eine geschlossene Arbeiterklasse im weitesten Sinne des Wortes, die weiß, was sie will, und Ursachen, Wirkung sowie deren Folgen recht auseinander zu halten versteht. Kenntnis der Lage auf dem Gebiete der Wirtschaft ist erste Bedingung. Dann ist uns die Möglichkeit gegeben, da einzugreifen, wo es not tut. Dann werden wir nicht immer vor vollendete Taten gestellt werden. Wir werden in der Lage sein, unser Los selbst zurecht zu legen, zum Wohle der Allgemeinheit.

Es müssen aber wirklich durchgreifende Maßnahmen getroffen werden. Männer wie Legien, Wiffell und Striemer sitzen im Reichswirtschaftsrat, sie kennen die Höhe der arbeitenden Klasse aus nächster Nähe. Die weitere Verelendung des Proletariats, die bedrohlich wird trotz der vor der Reichstagswahl für eine bürgerliche Regierung gemachten großen Versprechungen, muß abgewendet werden.

Berlin-Neukölln.

J. Wouters.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Dresden. Am 4. September feierte Kollege Julius Otto Horn, Meßner bei C. C. Weinhold & Söhne, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Er trat am 4. September 1870 bei derselben Firma in die Lehre, konditionierte dann in Bonn, Kollbus, Altenburg und Leipzig. Seit Februar 1882 wieder bei Weinhold, ist der Jubilar als tüchtiger Fachmann allgemein geschätzt und geachtet. Auch dem Neffor Richard Otto war es bereits schon im Vorjahre vergönnt, auf eine 50jährige Berufstätigkeit zurückzublicken. In diesem Jahre vollendeten sich 40 Jahre, daß er bei Weinhold in Kondition lebt. Seine Verehrer beahen er

1869 in Blüthenfeld, Reipala, Altenburg und Gräfenhainichen hind die Orte, in denen er später seinen Beruf als Seher ausübte. 1890 kam er zu Meinholt. Am Morgen des 4. September begrüßte der Dresdner Buchdrucker-Gesangverein beide Subilare durch einige Lieder an ihren Arbeitsplätzen. Seitens der Geschäftsleitung wurden ihnen namhafte Geldgeschenke überreicht, während das Personal jedem ein Geschenk widmete. Am Abend desselben Tages vereinte eine Feier sämtliche Geschäftsangehörige. Auch hier stellte sich unser Gesangverein wieder in den Dienst der Sache. Gausvorführer Freitag richtete eine Ansprache an Subilare und Erklären und beglückwünschte erstere im Namen des Gauses Dresden. Die Bewirtung, die die Firma C. C. Meinholt & Söhne den Festteilnehmern in dankenswerter Weise zuteil werden ließ, sowie Ansprachen und Vorträge ernstes und heiteres Inhalts gefallenen den Abend an einem recht schönen. Mögen sich die Subilare noch recht lange tüchtiger Schaffenskraft und Gesundheit erfreuen!

z. Bezirksverein Reichenhall. Der Beschluß des Gauslags, den Gau Bayern in kleine Bezirke einzuteilen, hat lange beglückten Wünschen der bayerischen Kollegen und einem dringenden Bedürfnisse den Weg gebahnt. Am 22. August sandten sich die Kollegen der im südöstlichen Winkel des Deutschen Reiches gelegenen Druckerorte Reichenhall, Berchtesgaden, Kraunstein, Lausen und Freilassing im letztgenannten Orte zusammen, um den Bezirksverein Reichenhall aus der Taufe zu heben. Kollege Semmerich vom Gausvorstand erstattete ein Referat über die allgemeine Lage im Buchdruckergewerbe, stellte die bevorstehende Tarifveränderung und die Bedeutung der Bezirksvereine. Aber die Notwendigkeit des Zusammenschlusses bestand volle Einmütigkeit, besonders wurde die Neubelebung kollegialer und beruflichen Geistes angeregt. Dies soll gelassen durch öftere Zusammenkünfte und die Veranstaltung von Ausstellungen, Abonnement von Fachzeitschriften usw. Ein besonderes Augenmerk sei der Lehrgangserziehung zuzuwenden. Aus der Vorstandswahl gingen unter anderem hervor die Kollegen J. S. Ziegler (Reichenhall) als erster Vorsitzender und Erik (Reichenhall) als Kassierer.

Schleiß. Zu einem Ortsvereine haben sich die 13 hiesigen Kollegen zusammengeschlossen. Vorsitzender ist Kollege Max Wefermann, Neumarkt 5.

Wismar i. M. (Maschinenmeister.) In einer am 28. August einberufenen Versammlung der Maschinenmeister am Orte wurde die Wiedergründung des durch die Kriegsjahre zerstückelten Maschinenmeistervereins beschlossen. Sämtliche Maschinenmeisterkollegen sind dem Vereine beigetreten.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Ergebnislose Tarifverhandlungen. Die zwecks Abschlusses eines Reichstarifs für das Personal der Druckereibuchbindereien zwischen Vertretern der Buchdruckereibesitzer und des Buchbinderverbandes in Leipzig geführten Verhandlungen mußten am 2. September ergebnislos abgebrochen werden. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich immer deutlicher, daß das Zustandekommen eines Tarifs lediglich auf Kosten weiterer Verschlechterungen für die Arbeiter erfolgen sollte. Die zahlreichen Änderungsanträge ließen erkennen, daß man einen besonderen Manteltarif für die Buchdruckereien wünschte. Die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten bestanden darin, daß die Prinzipale die tarifliche Festlegung der 48stündigen Arbeitszeit für alle Buchdruckereien ohne Unterschied forderten, also auch für solche, wo bereits eine kürzere Arbeitszeit bestand. Ferner sollte unterschieden werden zwischen Gehilfen und angelernten Arbeitern, während für die geübten Arbeiterinnen eine häufigere Staffelung der Löhne Platz greifen sollte. Auf diese Forderungen erklärten die Gehilfenvertreter nicht eingehen zu können. Eine weitere überwindbare Schwierigkeit bot die Definierung des Begriffs Buchdrucker. Sierunter wollten die Prinzipale solche Betriebe verstanden wissen, in denen das Buchdruckereipersonal überwiegt. Auch dies war für die Gehilfen unannehmbar mit Rücksicht auf die Leipziger Großbuchdruckereien, die zugleich große Druckereibetriebe haben. Als keine Einigung zu erzielen war, wurde zwar beschlossen, die Verhandlungen zunächst bis zum 10. September zu verlagern, aber der geschäftsführende Ausschuss bzw. der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins beschloß bereits am 8. September, die weiteren Verhandlungen vorläufig auszusetzen und abzuwarten, ob die Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Manteltarifs für das gesamte graphische Gewerbe erfolgreich sein werden, um nicht durch einen neuen Tarif ein neues Hindernis für eine Vereinheitlichung zu schaffen. Die „Buchbinderzeitung“ hebt sowohl diesen Bestrebungen als auch den prinzipialseitig in Aussicht gestellten nachmaligen Verhandlungen mit dem Buchbinderverbande mit starkem Pessimismus entgegen und meint abschließend: „Wenn sich die Konjunkturen bis dahin nicht sehr wesentlich bessern, wird man auch die Hoffnungen auf diese Verhandlungen nur sehr niedrig schrauben müssen.“ Daß ein solcher Pessimismus berechtigt ist, läßt sich nach Lage der allgemeinen Verhältnisse im Wirtschaftsleben leider nicht bestreiten.

Beiseitiger Kästler. Der Verleger der „Oberlausitzer Nachrichten“ in Bernsdorf (Verlaufs) wurde verhaftet. Er hatte in seiner Druckerei Fahrkarten für Eisenbahnen, Zuckerkarten und Geldscheine hergestellt. Bei seiner Festnahme machte er einen Selbstmordversuch, indem er Gift nahm.

1600 qm Papier in der Minute. Ein Zeichen dafür, bis zu welcher Leistungsgrenze die Amerikaner die Erzeugungsmöglichkeit ihrer Papiermaschinen steigern, bildet die Mitteilung, daß eine amerikanische Firma eine Papiermaschine für Rotationsdruck aufstellte, die bei einer Baulänge von 100 m mit einer Geschwindigkeit von 400-m-Minuten laufen soll. Die Breite ist nicht angegeben, sie wird jedoch 4 m sicherlich nicht unterschreiten, so daß die Maschine in einer Minute 1600 qm Papier herzustellen in der Lage ist.

Denkschrift über die Lage des Arbeitsmarktes. Vom Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister in der Sitzung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags am 9. September eine Denkschrift des Reichsamts für Arbeitsvermittlung über die Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland überreichte. Die Denkschrift behandelt in zusammenhängender Darstellung den Umfang der Erwerbslosigkeit, welche mit einer Unterfüllung aus öffentlichen Mitteln verbunden ist, sowie den weit größeren Umfang der Arbeitslosigkeit überhaupt. Sodann werden die Gründe für das Überangebot an Arbeitskräften auf zahlenmäßigen Unterlagen erörtert. Ferner wird auf den Rückgang der Arbeitsgelegenheit in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr hingewiesen und die erfreuliche Zunahme der Arbeitskraft in Landwirtschaft und Bergbau trotz der zu überwindenden Schwierigkeiten hervorgehoben. Endlich gibt die Denkschrift Aufschluß über die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge und ihre Grenzen. Bei dem Interesse, das die Denkschrift in weiten Kreisen findet, ist die große Zahl der Abdrücke bereits vergriffen. Die Denkschrift wird jedoch in der Oktobernummer des „Reichsarbeitsblattes“, welches nunmehr als Amtsblatt des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsamts für Arbeitsvermittlung in völliger Umgestaltung erscheinen wird, zum Abdruck gelangen.

Zur Beschaffungsbefehle für Arbeitslose. Aus der Mitteilung der Reichsregierung, wonach vom Reiche für eine einmalige Beschaffungsbefehle an Arbeitslose ein Betrag von 50 Mill. Mk. zur Verfügung gestellt worden sei, aus dem unter Heranziehung entsprechender Aufwendungen von Ländern und Städten an jeden über acht Wochen Erwerbslosen eine einmalige Beihilfe von rund 400 bis 450 Mk. zur Auszahlung gelangen soll, dürfen bestimmte Schlüsse über den Umfang einer etwaigen weiteren Reichshilfe nicht gezogen werden. Ähnliche Mitteilungen der zuständigen Stellen liegen zur Zeit noch nicht vor. Soweit von diesen aber auf erfolgte Anfrage unverzüglich mitgeteilt worden ist, soll in dem Betrage von 50 Mill. Mk. der bereits jetzt (mit dem Stichtage vom 1. September) zur Auszahlung gelangende Betrag von 35 Mill. Mk. mit eingerechnet sein, so daß nur eine Neuausweisung von 15 Mill. Mk. in Frage kommen würde.

Abgelehnter Erwerbslosenrat. Es ist bekanntlich niemand so radikal, daß es nicht noch einen Radikaleren gäbe. Das zeigte sich vor kurzem am Berliner Erwerbslosenrat, der, von den Arbeitslosen gewählt, aus Vertretern der allerabstimmlichsten Richtung zusammengesetzt war. Natürlich konnten auch sie den Forderungen der Arbeitslosen nicht völlig gerecht werden. Daraufhin wurde in Arbeitslosenversammlungen kräftig Stimmung gegen die bestehenden Erwerbslosenträte gemacht, die angeblich nicht fähig seien, die Interessen der Arbeitslosen wahrzunehmen. Die Erwerbslosenträte beantworteten die Angriffe mit der Beschuldigung, daß die Hege von Reuten ausgehe, die erst recht nicht fähig seien, die Arbeitslosen zu vertreten und nur verächtliche, persönliche Vorurteile für sich herauszuschlagen. Am 13. September ereilte den bisherigen Erwerbslosentrat sein Schicksal. Ein Demonstrationzug Arbeitsloser zog zur Klosterstraße, wo der Erwerbslosentrat seinen Sitz hat, und verlangte stürmisch die Absetzung der vermeintlichen Renegaten. Da diese der Aufforderung zum Verschwinden nicht freiwillig folgten, wurden sie schließlich gewalttätig aus dem Diensträumen entfernt. Der „Vorwärts“ bemerkte zu diesem Vorgange: „Über die Bedeutung der Erwerbslosenträte kann man sehr verschiedener Meinung sein. Ein wirklich sozialistisch gesinnter Arbeiter wird als bester Vertreter seiner Interessen auch bei Arbeitslosigkeit immer noch seine gewerkschaftliche Organisation betrachten, die täglich und stündlich den Kampf um die Besserstellung der Berufskollegen führt. Die Ganzradikalen sehen freilich in den freien Gewerkschaften konterrevolutionäre Gebilde, die man nicht fördern, wohl aber mit allen Mitteln bekämpfen darf. Und darum glauben wir, daß in diesen Kreisen nicht eher Vernunft einkehrt, bis einer nach dem andern abgewirksam hat.“

Gesellschaftliche Festlegung des Achttundentags. Eine der ersten großen sozialpolitischen Vorlagen, die dem Reichstag in seiner nächsten Tagung zugehen werden, wird ein Gesetzentwurf für die Einführung des achttündigen Arbeitstages sein. Der Friedensvertrag schreibt in dem Abschnitt, der sich auf die Organisation der Arbeit bezieht, vor, daß die erste internationale Arbeitskonferenz, die im Oktober 1919 in Washington abgehalten wurde, sich mit der Durchföhrung des Grundgedes des Achttundentags als wichtigsten Punkte der Tagesordnung zu beschäftigen habe. Die Konferenz, an der Deutschland, wie erinnert, nicht beteiligt war, hat dann Vereinbarungen über die Beschränkung der Arbeitszeit in gewerkschaften Betrieben auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich getroffen, die die Grundlage für eine gesetzliche Regelung in allen an Völkerverträge teilnehmenden Staaten bilden sollen. Jeder Staat ist verpflichtet, spätestens bis zum 10. Januar 1921 der Volksvertretung einen Gesetzentwurf über den Achttundentag vorzulegen. Ein Zwang zu einer Annahme der Vorlage besteht aber nicht.

Zum Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung. Das Reichsarbeitsministerium hat im März d. J. einen vorläufigen Entwurf einer Schlichtungsordnung den obersten Reichsbehörden und den Regierungen der Länder sowie den beteiligten Verbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer vorgelegt. Dieser Entwurf ist im April mit Vertretern der Reichsministerien und der Regierungen der Länder, mit Demobilmachungskommissaren und Vorsitzenden von Schlichtungsausschüssen sowie mit den zentralen Arbeitsgemeinschaften und den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer besprochen worden. Bei der Besprechung des Entwurfs mit den beteiligten Verbänden war angeregt worden, zur eingehenden Durchberatung des Entwurfs eine aus 18 Mitgliedern bestehende, gleichmäßig aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzte Kommission einzusetzen. Die Kommission hat inzwischen die Beratung des Entwurfs begonnen. Die erste Sitzung, die am 6. September stattgefunden hat, wurde durch den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns eröffnet. Die Arbeiten der Kommission, denen der vom Reichsarbeitsministerium im Mai d. J. gedruckt veröffentlichte Referententwurf als Grundlage dient, nehmen guten Fortgang, so daß sie voraussichtlich in Kürze abgeschlossen werden können. Hierzu tragen die wertvollen Vorarbeiten des sozialpolitischen Ausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber und Arbeitnehmer wesentlich bei, der eine Reihe von Richtlinien für die Neuordnung des Schlichtungswesens aufgestellt hat. Es darf hiernach angenommen werden, daß der endgültige Gesetzentwurf noch vor Ende des Jahres von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann.

Vorteil des genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Eine richtige Würdigung konjunktionsgenossenschaftlicher Arbeit ergab die Besprechung zwischen Führern der rheinisch-westfälischen Landwirtschaft und Vertretern konjunktionsgenossenschaftlicher Organisationen, die kürzlich in Essen stattfand. Die Kartoffelernte wurde als gut bezeichnet, sie sei allerdings durch anhaltendes Regenwetter gefährdet. Bei Regenerungsleistungen wurde ein Erzeugerpreis von 30 Mk. festgelegt. Die führenden Männer der Agrarländer Landwirtschaft kamen mit den Vertretern der konjunktionsgenossenschaftlichen Organisation zu der Auffassung, daß eine Senkung der Kartoffelpreise in hervorragendem Maße durch die Mitarbeit der Konjunkturernie möglich ist, weil dadurch die verschiedenen verteuerten Zwischenfaktoren ausgeschlossen werden. Die Vertreter der Landwirtschaft würden es mit Freuden begrüßen, wenn die rheinisch-westfälischen Konjunkturvereine in dauernde Verbindung mit der Landwirtschaft kämen. Der von der Regierung bewilligte Erzeugerpreis von 30 Mk. wurde als zu hoch bezeichnet. Es ist fast langem der Wunsch der organisierten Verbraucher, zu der im rheinisch-westfälischen Bezirk erreichten engen Verbindung zwischen Verbrauchern und Erzeugern besonders landwirtschaftlicher Produkte zu gelangen. Wie man sieht, besteht die Möglichkeit dazu in ausreichendem Maß. An dem auf beiden Seiten vorhandenen guten Willen ist nicht zu zweifeln. Se enger die erstrebte Verbindung sein wird, um so besser werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse aller Beteiligten gestalten. Die angestrebte Verbindung wird um so inniger und für beide Teile nützlicher sein, wenn die möglichst starke Organisation die Verbindung trägt. Das bedeutet für die Verbraucher, unablässig für Ausbreitung der genossenschaftlichen Bewegung zu arbeiten.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chausseepark 5 II, Fernsprechnr: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Gau Mittelschleien. Die vereidigten Bezirksvorstände werden gebeten, um 8 Uhr d. die 30. hiesigen Protokolle der Generalversammlung in Nürnberg, den Gauvorsitzenden mitzubringen. Die Protokolle werden den Mitgliedern zum Preise von 1 Mk. geliefert.
Gau Posen. Gausvorsitzender: August Lorenz, Bndgossz (Bromberg), Pieta Chargi 10; Gaukassierer: Dilo Rindfleisch, Bndgossz (Bromberg)-Ergelen, Promenada 10.
Gau Schlesien-Westfalen. Wegen Abreise des bisherigen Gaukassierers W. W. Eschell übernimmt am 27. September Kollege Max Eilsner, Aiel, Wrangeistraße 45 I, die Gaukassierergeschäfte.

Bezirk Bochum. Der Drucker Bertold Schukalla (Hauptbuchnummer 100955), geb. in Reipnitz 27. Juni 1900, und der Seher Hermann Kuhlmann (Hauptbuchnummer 101445), geb. in Etzel 23. November 1895, werden hiermit um Angabe ihres Aufenthaltsortes gebeten. Die Verbandsblätter sind nach hier zugesandt, jedoch sind beide Kollegen im Bezirk nicht ausfindig zu machen. Die vereidigten Verbandsfunktionäre werden gebeten, beide Kollegen hierauf aufmerksam zu machen und eventuell Nachricht an Joh. Bucha, Bochum, Mühlentstraße 14, zukommen zu lassen.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügliche Adresse):
Im Gau Mittelschleien der Drucker Jean Traband, geb. in Schlichting 1894, ausgl. geb. 1912; waren schon Mitglied. — F. Conrad in Mannheim, U 2, 9.

Veranstaltungskalender

Breslau. Versammlung Freitag, den 24. September, abends 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Dortmund. Versammlung Samstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im „Schwarzen Bären“, Kaufstraße.
Opoden. Versammlung Sonnabend, den 2. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Opodener Bierhall“, Köstler Straße 95.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs

Arbeitsnachweis Berlin. Dieser befindet sich ab 30. September Friedrichstraße 110, 2. Hof 1. (Fernsprechnr. Norden Nr. 2186—2190.)